

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 12

Artikel: Ein KPdSU-Kongress in Prag : die satellisierte Zweitaufgabe des 14. tschechoslowakischen Parteitages
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095428>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die satellisierte Zweitaufgabe des 14. tschechoslowakischen Parteitag

Ein KPdSU-Kongress in Prag

Von Laszlo Revesz

Der legale 14. Kongress der Tschechoslowakischen KP hatte 1968 nach der Invasion stattgefunden und sie verurteilt. Seine jetzige illegale zweite Auflage formalisierte einerseits die völlige Unterwerfung der Prager Vasallenführung unter die Sowjetunion und bestätigte andererseits, dass der Kurs auf Stalinismus weitergeht.

Der 14. Kongress der KPdSU eröffnete eine Serie osteuropäischer Parteikongresse. Im April wurde der Kongress der Bulgarischen KP, im Mai jener der KPTsch abgehalten. Im Juni finden die Kongresse der ostdeutschen SED und der Mongolischen Volksrevolutionären Partei statt. Alle Kongresse verabschieden die Richtlinien für den neuen Fünfjahresplan (1971—1975) und stecken die Generallinie der Innen- und Aussenpolitik für die nächste Periode ab.

Absage an den Föderalismus auf Parteiebene

Im Vergleich mit den sowjetischen und bulgarischen Kongressen brachte der tschechoslowakische wenig Neues. Er bestätigte die Tätigkeit der im April 1969 eingesetzten neuen Parteiführung: Alle ihre statutenwidrigen Handlungen wurden gutgeheissen, und man beschloss eine strengere Generallinie in Innen- und Aussenpolitik.

Die Bedeutung des tschechoslowakischen Kongresses liegt eher darin, dass er als oberstes Organ nicht nur der Partei, sondern auch des Staates die Invasion von 1968 jetzt offiziell als Befreiung verkündete, dafür den Unterdrückern dankte und den ersten 14. Parteikongress im August 1968 als illegal bezeichnete.

Es war der erste Kongress, seitdem die Födera-

tion in der CSSR ausgerufen wurde, weshalb die Führung sich gezwungen fühlte, im Kongressbeschluss festzuhalten, dass die Partei auch im Bundesstaat ihre Einheit aufrechterhalte. Der Staat könne als Bundesstaat existieren, die ihn leitende und kontrollierende Partei müsse jedoch ihre vollständige Einheit beibehalten. Unter den neuen Bedingungen sei es gerade die Partei, welche infolge ihrer Einheit die Zusammenarbeit von Nationen und Nationalitäten garantiere (Kapitel I, Punkt 1: «Uj szo», 31. 5. 1971, S. 5ff.). Die KP der Slowakei hat nicht einmal die Bedeutung, welche in der KPdSU den einzelnen Republikparteien zukommt, da der dem KPTsch-Kongress vorangehende slowakische Parteikongress nicht einmal numeriert wird. Er wurde am 13. Mai eröffnet, und am nächsten Tag ging er zu Ende. Wegen einiger Einzelheiten darf man jedoch auch diesen Kongress nicht vernachlässigen:

Vom Bericht der Kommission für Mandatenprüfung erfährt man praktisch nichts: weder die Zahl der Parteimitglieder noch die sogenannte «Vertretungsnorm» (auf wieviel Kommunisten entfiel ein Delegierter?). Auch über die nationale Zusammensetzung der Delegierten schwiegen sich alle Dokumente aus. Doch von Interesse ist der Bericht der (slowakischen) Zentralen Kommission für Kontrolle und Revision, in welchem

bekanntgegeben wurde, 46 % der 1966 gewählten ZK-Mitglieder und 43 % der Kommissionsmitglieder seien aus diesen Gremien ausgeschlossen und durch neue ersetzt worden. Die Mehrheit von ihnen habe auch ihre Parteimitgliedschaft verloren. Der Bericht betonte, eine solche Säuberung sei Voraussetzung zum Funktionieren dieser Organe gewesen.

Nun fehlen entsprechende Angaben in bezug auf das ZK und die Zentrale Kontrollkommission der KPTsch, der gesamten Partei, wo jedoch der Prozentsatz grösser war, denn, heisst es im Bericht, der «rechtsorientierte Opportunismus und Revisionismus» in Pressburg sei nicht so stark und hartnäckig gewesen wie in Prag.

Bratislava: Neubelebung des slowakischen Nationalismus

Vielleicht noch wichtiger ist die Neubelebung des (alten) slowakischen Nationalismus. In letzter Zeit war es nie vorgekommen, dass die Vertreter der grössten (nach slowakischer Volkszählung 600 000, in Wirklichkeit sicher mehr zählenden) nationalen Minderheit, der Ungarn, in keinem leitenden Organ Platz fanden. Jetzt gibt es im ZK-Präsidium und -Sekretariat keinen Magyaren, und im 80 Vollmitglieder und 27 Kandidaten zählenden ZK hat es nur zwei Vollmitglieder und einen Kandidaten, bei welchen man die Zugehörigkeit zur ungarischen Nationalität *vermuten* kann. Während früher die Vornamen immer ungarisch geschrieben wurden — auf dem Prager Kongress wurde diese Praxis beibehalten —, wurden sie in Pressburg jetzt slowakisch geschrieben. Dieser Nationalismus scheint gegenüber den Minderheiten einen offensiven, gegenüber den Tschechen einen defensiven Charakter zu haben. Im Rechenschaftsbericht des ZK der KP der Slowakei musste der Erste Sekretär, Lenart, trotzdem gutheissen, dass das 1968er Grundgesetz über die Föderation zugunsten der Stärkung der Bundesbehörden geändert werden musste. Um die Gemüter zu beruhigen, fügte er bei, dadurch seien jedoch die Prinzipien der Föderation nicht beeinträchtigt worden (ebenda, 14. 5. 1971).

Prag: Maximale Servilität

Der Kongress der *gesamten Partei* war noch de-goutanter.

Wenn schon Lenart in Bratislava den Einmarsch der «verbündeten Armeen» als eine historische Notwendigkeit bezeichnet hatte, ging Husak in seinem Referat auf dem Prager Kongress direkt zur maximalen Servilität über:

«Die objektive Analyse der Entwicklung dieses Zeitraumes (1968) bestätigt, dass ohne die rechtzeitige internationale Hilfe unserer nächsten sozialistischen Verbündeten die Macht der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes in unserem Lande eine Niederlage erlitten hätte... Auf unserem 14. Parteitag, mit dem wir die komplizierte Krisenzeitspanne abschliessen, wollen wir im Namen der gesamten Partei und der überwiegenden Mehrheit des werktätigen Volkes der KPdSU, der Sowjetunion und dem Sowjetvolk sowie Ihnen persönlich, Genosse Breschnew, wie auch den übrigen sozialistischen Freunden dafür den aufrichtigen Dank aussprechen, dass Sie in der schwierigen Lage die Befürchtungen der tschechoslowakischen Kommunisten um die Sa-



Die Unterwerfung formalisiert: Breschnew mit Husak und Svoboda.

che des Sozialismus, die Hilfeersuchen zahlreicher Partei- und Staatsfunktionäre sowie vieler Kommunisten und Kollektive der Werktätigen verstanden haben, dass diese internationale Hilfe unser Land vor einem Bürgerkrieg und der Konterrevolution bewahrt hat und die Errungenschaften des Sozialismus gerettet wurden.» («Prager Volkszeitung», 4. 6. 1971, Beilage.)

Der Bericht wurde im Kongressbeschluss einstimmig gutgeheissen, was die höchste parteioffizielle Anerkennung folgender Tatsache bedeutet: Das tschechoslowakische Volk hatte den Bolschewismus abgelehnt, und ausschliesslich die Invasion konnte die korrupte Herrschaft der moskauhörigen Kommunisten retten.

Säuberungen: Die offene Verletzung der Parteistatuten war noch die geringste Sorge

Auch der Prager Kongress hiess in seinem Beschluss (Einleitung, Punkt b / «Uj szo», 31. 5. 71) die Aufnahme von «treuen Mitgliedern ins ZK und in die Zentrale Kommission für Kontrolle und Revision sowie den Ausschluss von rechtsorientierten Opportunisten und Revisionisten» aus diesen Gremien gut.

In diesem Zusammenhang ist auf das geltende Statut hinzuweisen: Art. 25 Punkt c behält die Wahl von ZK-Mitgliedern und Mitgliedern der Zentralen Kommission ausschliesslich dem Parteikongress vor, und es gibt keine Bestimmung der Parteiverfassung, welche eine Aufnahme in direkter oder indirekter Form erlaubt (vgl. Artikel 26 über die Kompetenzen des ZK bzw. Artikel 28 über die ZK-Organen sowie Art. 29 über die Zentrale Kommission). Art. 30 des Statuts sah für die Lösung einer dringenden Frage die Einberufung einer nationalen Konferenz vor, deren Beschlüsse erst nach ihrer Bestätigung durch das ZK verbindlich sind (Art. 31). Das ZK-Präsidium hat jedoch auch diesen konstitutionellen Weg nicht gewählt, da es Angst hatte. Es griff zu einer offenen Statutenverletzung, die jetzt selbst vom obersten Parteigremium als Voraussetzung des «normalen» Funktionierens der Partei bestätigt wurde.

Auch die durch die Form des Austausches von Parteibüchlein 1970 durchgeführte Säuberung wurde gutgeheissen, ohne dass in einem Kongressdokument genau erwähnt wäre, wieviel Mitglieder dieser Aktion zum Opfer fielen. Lediglich der Bericht der slowakischen Kontrollkommission erklärte, 17,5 % der Mitglieder der Slowakischen KP seien ausgeschlossen worden (ebenda, 14. 5. 1971, S. 9—11). Da der «rechte Flügel» hier kleiner war, ist es anzunehmen, dass die Zahl der Gesäuberten in der Tschechischen KP wesentlich grösser war. Die Zahl der Parteimitglieder ging von 1 698 000 im Juli 1966 auf 1 195 000 im Jahre 1971 zurück (29,41 %).

Parteioffizielle These sogar durch parteieigene Angaben widerlegt: Die Arbeiter waren ebenso für Dubcek wie die Intellektuellen

Der Bericht der Prager Zentralen Kontrollkommission widerlegte auch jene Behauptung offizieller Parteiorgane, wonach die «Konterrevolution» von 1968 eine Aktion der Intellektuellen gewesen sei.

Der Bericht hebt nämlich hervor, dass durch die



In Finnland hat das Internationale Presseinstitut (IPI) seine Versammlung abgehalten. In seinem Bemühen um die Wahrung der Pressefreiheit hat es gegen die Schliessung von Zeitungen in Singapur Stellung genommen. Und es hat sich wahrscheinlich auch anderer Fälle angenommen, welche bei der Unterdrückung der Pressefreiheit auf dieser Welt ungefähr ebenso repräsentativ sind.

Das Gastgeberland für diese Versammlung war, wie gesagt, Finnland. Dort hat vor kurzem auch etwas stattgefunden, was mit der Presse zu tun hatte. Nicht etwa Unterdrückung der Pressefreiheit, nein, nein, sonst hätte das IPI ja sicher protestiert, sondern ganz im Gegenteil eine scham- und masslose Uebertreibung der Pressefreiheit, gegen welche Uebertreibung die Landesregierung eingeschritten ist. Die Zeitung «Uusi Suomi» hatte sich nämlich in einem Artikel kritisch mit der Lage in den baltischen Ländern befasst. Das hatte einen offiziellen sowjetischen Protest zur Folge. Worauf die finnische Regierung die betreffende Zeitung tadelte und die Presse des Landes anwies, nichts zu veröffentlichen, was bei der Sowjetunion Anstoss erregen könnte.

Säuberung die soziale Struktur der Partei nicht gebessert, d. h. der prozentuale Anteil der Arbeiter nicht erhöht werden konnte. Dies bedeutet, dass der Anteil der Arbeiter unter den Ausgeschlossenen mindestens so gross war wie jener der Intellektuellen.

Unter den 1195 Delegierten des Prager Kongresses waren die Tschechen durch 72,5 %, die Slowaken durch 20,8 % (899 bzw. 249) vertreten. Die Vertretung der nationalen Minderheiten war in Prag günstiger als in Bratislava, obwohl auch diese Vertretung — mit Ausnahme der Ukrainer — wesentlich unter der zahlenmässigen Stärke dieser Nationalitäten zurückblieb. Als Delegierte wurden bestimmt: 21 Magyaren, 20 Ukrainer, 5 Polen und ein Bulgare. Die zahlenmässige Stärke der Polen und Ukrainer ist beinahe gleich gross; trotzdem erhielten die letzteren viermal mehr Mandate. Die Ukrainer sind als Minorität neunmal kleiner als die magyarische Minderheit, waren aber nur um einen Delegierten weniger vertreten als diese. Die Deutschen erhielten keine Vertretung («Uj szo», 28. 5. 1971, S. 1—2). Ins neue ZK wurde ein Ungar als Vollmitglied und ein anderer als Kandidat gewählt. Polen und Deutsche sind aber im ZK nicht vertreten, während die Ukrainer übervertreten sind.

Das innere Parteileben wird in Zukunft strenger. Man wird die Institution der Mitgliedschaftskandidaten erneut einführen, welche 1966 unter Berufung auf die politische Reife des Volkes abgeschafft wurde. Aus Husaks Rechenschaftsbericht erfährt man ferner, dass in Zukunft die Kongresse nicht alle vier, sondern einmal in «zwei bis drei Jahren» einberufen werden müssen. Ob weitere Aenderungen vorgenommen wurden, wird aus den Dokumenten nicht ersichtlich, die entsprechende Sitzung wurde hinter geschlossenen Türen abgehalten, und es fehlt jegli-

Nein, ich mache der finnischen Regierung keinen Vorwurf daraus. Sie hat angesichts des grossen Nachbars, mit dem sie durch Verträge liiert ist, gar keine andere Wahl. Was aber angesichts dieser Sachlage nicht angeht, ist etwas anderes: dergleichen zu tun, als sei Finnland ein unabhängiges Land, ein Land mit Freiheit der öffentlichen Meinung usw. Finnland ist ein Land, dessen Meinungsträger der Botmässigkeit gegenüber der Sowjetunion verpflichtet sind.

Und dabei gehört Finnland zum «Westen». Ein Land mit pluralistischer und demokratischer Gesellschaftsstruktur. Aber eben eines, welches die sowjetischen Tabus berücksichtigen muss.

Finnland ist ein Beispiel für ein Land, das sich seine Neutralität von der Sowjetunion bescheinigen lassen muss. Ein Beispiel für ein Land, dessen Unabhängigkeit durch besondere Verträge mit der UdSSR garantiert ist. Ein Beispiel dafür, wie die politische Zensur zugunsten der Sowjetunion auch in Ländern mit freierlicher Gesellschaftsstruktur funktioniert, sobald diese Bedingungen gegeben sind.

Finnland ist ein Beispiel für den Weg, den Westeuropa geht. Am besten ist es daher, so zu tun, als sei dort nichts besonderes los. So bereitet man sich nebenbei darauf vor, dass das auch bei uns zum Normalzustand wird. Und im übrigen hat das IPI in Finnland festgestellt, dass in Singapur Zeitungen geschlossen worden sind. Ist das nicht eine Affenschande, diese Zustände in Singapur?

cb

cher Bericht auch über eine mögliche Diskussion.

Politisch ist das Kapitel IV «Die Aussenpolitik» das wichtigste. Die europäische Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit, die Verträge zwischen der BRD und der Sowjetunion bzw. Polen wurden begrüsst und auch eine Normalisierung der deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen wurde gewünscht. Im Punkt 4 dieses Kapitels wird auch die Zusammenarbeit mit dem Westen befürwortet, gleichzeitig aber die Unterstützung der gegen ihn gerichteten Bewegungen offen anerkannt: «Der Kongress bestätigt die feste Entschlossenheit unserer Partei und unseres Staates, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit allen kapitalistischen Ländern weiter zu entwickeln auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Vorteile. Gleichzeitig trägt sie (nämlich die KPTsch) zur Vertiefung der Kampfeinheit der revolutionären, antiimperialistischen Kräfte der Welt, zur Förderung von gemeinsamen Aktionen gegen den internationalen Imperialismus bei.»

Im Punkt 5 dieses Kapitels wird das ZK verpflichtet, den Auslandsvertretungen der CSSR grössere Aufmerksamkeit zu schenken, damit diese die im Punkt 4 festgehaltene Generallinie verwirklichen können.

Vor Säuberungen in den diplomatischen Vertretungen

Das ZK muss den Apparat der Auslandsvertretungen «kaderpolitisch» festigen, wobei als erst-rangiges Kriterium zu gelten hat: die politische und moralische Festigkeit im Marxismus-Leninismus und die Treue zum proletarischen Internationalismus. ■